Freitag, den 6. März 1925. | Einzelnummer: 25 Groschen.

Lodzer Volkszeitung

Nr. 28. | Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends, mit dem Datum des darauffolgenden Tages. Anzeigenpreis: die 7gesp. Millimeterzeile 10 Gr., im Text 40 Gr. Stellen-Gesuche 50%, -Angebote 25% Rabatt. Ausland 50% Zuschlag. | Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Zamenhofa 17, III-16. Sprechstunden des Schriftleiters täglich 5—6 Uhr. Telephon des Schriftleiters: 28-45. | Der Abonnementspreis für den Monat März beträgt Zloty 2,40, wöchentlich 60 Groschen, zahlbar beim Empfang der Sonntagsnummern. — Für das Ausland 25 Prozent Zuschlag. — Für Amerika einen Dollar monatlich. | 3. Jahrg.

Die englischen Arbeiter und die Monarchie.

Dem englischen Unterhause wurde ein Kredit von insgesamt 15000 Pfund für eine Reise des Prinzen von Wales, des englischen Kronprinzen, zur Bewilligung vorgelegt. Der Plan zu einer solchen Reise nach Südafrika war noch unter der Arbeiterregierung festgesetzt worden; inzwischen wurde er auf Einladung der argentinischen Regierung auf einen Besuch Südamerikas ausgedehnt. Gegen diesen Kredit erhob Kirkwood, einer der Vertreter der schottischen „Radikalen" in der Arbeitspartei, ein ehrlicher und volkstümlicher Draufgänger, ohne Einvernehmen mit der Fraktionsleitung Einspruch. Kirkwood ist ein hartnäckiger Gegner Macdonalds zahmer Politik. In seiner Rede, die zu lebhaften Szenen Anlaß gab, erzählte Kirkwood, als der Prinz von Wales das letztemal nach Glasgow kam, habe er, als Gemeinderat dieser Stadt, gegen diesen offiziellen Paradebesuch protestiert. Trotzdem habe er eine Einladung erhalten, mit dem Prinzen bei einem privaten Diner zusammenzukommen. Er habe diese Einladung nicht angenommen, sondern sie mit einer Gegeneinladung beantwortet: er wolle den Prinzen in irgendeinem Gasthaus treffen und ihm dann *jene* Teile der Stadt zeigen, „von denen wir wünschen, daß er sie einmal sieht". „Diese Einladung gilt noch", erklärte Kirkwood und fügte hinzu: „Ich beneide den Prinzen von Wales nicht. Er hat nichts vor mir voraus. Um aufrichtig zu sein — ich bedaure ihn. Man macht einen Hanswurst aus ihm..." Und als hier ein Konservativer „Pfui!" rief, setzte Kirkwood fort: „Pfui über Sie, die Sie verantwortlich sind für die entsetzlichen Verhältnisse, in denen die Klasse, der ich entstamme, leben muß. Sie hat mich hierhergesendet, um euch zu sagen, daß eure Tage gezählt sind..."

Das war der Ursprung. Bei der Abstimmung stimmten 88 Abgeordnete der Labour Party und zwei Liberale mit Kirkwood, 11 Vertreter der Arbeitspartei für den Kronprinzenkredit. Einige Tage später kam Frau Ethel Snowden, die Frau des Arbeiterführers Philipp Snowden, die selbst nicht mehr zur Partei zählt, von einer Reise aus Kanada zurück, auf der sie schon durch „sensationelle" Bemerkungen in Vorträgen unliebsames Aufsehen erregt hatte. Diese Dame, der es offenbar sehr schwer gefallen war, während der Ministerschaft ihres Mannes zu schweigen, konnte sich nun nicht enthalten, sofort ihre Ansicht über die Parlamentsdebatte zum besten zu geben, und sie erklärte, ihrer Meinung nach gehöre die königliche Familie zu jenen, „die in diesem Lande am *schwersten* zu arbeiten haben". Diese Provokation brachte vollends den Stein ins Rollen. Aus der an sich ziemlich unbeträchtlichen Angelegenheit wurde eine Zeitungssensation, ein Gegenstand heftiger öffentlicher Debatte. Kirkwood erhielt täglich viele Hunderte Zustimmungsschreiben. Die Arbeiterabgeordneten, die für die Bewilligung des Kredits gestimmt hatten, wurden mehrfach aufgefordert, ihre Haltung zu begründen.

Die Diskussion förderte allerlei interessante Dinge zutage. Unter anderm die Tatsache, daß der Prinz von Wales eine jährliche Apanage von rund 34000 Pfund (gegen 850000 Zloty) erhält. „Ich möchte Frau Snowden daran erinnern," schreibt eine Bergarbeitersfrau an den „Daily Herald", „daß, wenn nach ihrer Meinung die Könige zu den Schwerarbeitern gehören, sie dafür auch ein *bißchen* mehr bekommen als ein Bergarbeiter. Auch arbeiten sie mit einem vollen Magen und nicht, wie viele unserer Bergarbeiter, bloß mit Brot und Margarine".

Auf der anderen Seite haben nun Macdonald, Clynes und Thomas in öffentlichen Reden ihre Stimmenabgabe erklärt. Macdonald sagte, „es liegt auch etwas Gutes in der Tradition, in dem, was man den echten Geist des Gentleman nennt, was wir nicht geringschätzen wollen", und forderte die Partei auf, nicht „in kleinen Dingen groß und in großen klein" zu sein. Clynes behauptete, „der Prinz ist nicht mehr schuld an den Zuständen am Clyde (dem schottischen Industriegebiet) als wir alle im Parlament, und wenn er zu den armen Leuten nach Schottland käme, würde er einen warmen und herzlichen Empfang finden" — was vermutlich wahr ist. Thomas aber erklärte einfach: „Ich werde mich nicht für meine Abstimmung entschuldigen. Ich würde morgen unter denselben Umständen genau so handeln."

So ist eine Angelegenheit zu einer „Affäre" aufgebauscht worden, die in Wirklichkeit für die englische Arbeiterbewegung gar keine Frage ersten Ranges ist: die Stellungnahme zur Monarchie. „Wir würden es vorziehen," schreibt zu dieser Frage der sozialistische „New Leader", „es so zu machen wie die Franzosen, die zur Vertretung der Nation im Ausland ihre Staatsmänner oder ihre Männer der Wissenschaft entsenden. Aber die Zeit ist noch nicht gekommen, die Frage der Monarchie als eine große politische Streitfrage zu erheben. Der Gewinn, eine kapitalistische Republik an die Stelle einer kapitalistischen Monarchie zu setzen, wäre im Vergleich zu der Kraftanstrengung gleich null. Unsere Aufgabe ist, die wirtschaftliche Umwandlung herbeizuführen. Wenn wir den Sozialismus in der Produktion hergestellt und das Volk für die soziale Demo-

Ein neues Ermächtigungsgesetz.

Grabski will die Arbeitslosigkeit durch ein Ermächtigungsgesetz lösen.

Grabski trägt sich mit der Absicht, vom Sejm neue Vollmachten zu fordern. Die Regierung ist nämlich zur Ueberzeugung gelangt, daß dem ständigen Anwachsen der Arbeitslosigkeit durch eine starke Belebung des Baugewerbes Einhalt geboten werden könne.

Um die Bautätigkeit zu ermöglichen, müssen radikale Aenderungen, die die Kreditpolitik, Bodenpolitik, die allgemeine Steuer zugunsten des Baufonds betreffen, vorgenommen werden. Dazu braucht Grabski aber außerordentliche Vollmachten, denn auf dem gesetzlichen Wege über Sejm und Senat würde die Regelung dieser Angelegenheit zuviel Zeit in Anspruch nehmen.

Ueber die Baupläne der Regierung erfahren wir noch, daß beabsichtigt wird, die Bautätigkeit im Laufe von fünf Jahren zu unterstützen. Für diese Zeit will sich die Regierung verpflichten, größere Kredite zu erteilen. Auch sollen die Steuern ermäßigt bzw. gestundet werden. Die Befreiung der Baumaterialien von jeglichen Steuern wird ebenfalls geplant.

Grabski hat große Pläne. An und für sich sind ja die Absichten der Regierung sehr sympathisch. Doch entsteht die Frage, ob durch die Erteilung von neuen Vollmachten die Regierung Grabski nicht noch mehr gegen den Willen des Sejm regieren wird?

Zum deutsch-polnischen Handelsvertrag.

Boykott der polnisch-oberschlesischen Industrie durch Deutschland.

Am 2. März haben die deutsch-polnischen Handelsverhandlungen begonnen. In Anbetracht dessen ist es interessant, wie sich das deutsche Großkapital zu einem Vertrag mit Polen verhält. Der deutschen Industrie liegt viel daran, den polnischen Absatzmarkt zu gewinnen. Diesem Umstande ist es auch zuzuschreiben, daß gegenwärtig in deutschen Wirtschaftskreisen Bestrebungen im Gange sind, die die Erdrosselung der polnischen Industrie in Oberschlesien bezwecken. Augenblicklich wird in der „Berliner Börsen-Zeitung" das Für und Gegen des deutsch-polnischen Handelsvertrages besprochen.

Die „Berliner Börsen-Zeitung", die dem Stinnes-Konzern angehört, veröffentlicht Artikel bekannter Wirtschaftspolitiker, in denen hauptsächlich zu dem Verhältnis der deutschen Industrie zu der Oberschlesiens Stellung genommen wird.

Der bekannte Rechtspolitiker, Graf Lersner, knüpft in einem Artikel an die Beschwerden des oberschlesischen Großkapitals an und weist darauf hin, daß die polnische Steuerpolitik darauf hinzielt, das deutsche Element in der Industrie völlig auszuschalten. Lersner fordert daher die preußische Regierung sowie die deutschen Wirtschaftskreise auf, durch größere Bestellungen in Polnisch-Oberschlesien das dortige deutsche Kapital zu stärken.

Gegen diesen Artikel wandte sich ein oberschlesischer Hüttendirektor. Er fordert nicht mehr und nicht weniger als den Boykott des oberschlesischen Roheisens und der oberschlesischen Kohle. Dieser Artikelschreiber begründet seinen Standpunkt mit der großen Abwanderung des deutschen Kapitals aus Polnisch-Oberschlesien. „Heute von einer deutschen Industrie in Polnisch-Oberschlesien zu sprechen", heißt es in dem Artikel, „ist irrig, denn die oberschlesische Industrie hat längst den deutschen Charakter verloren. Die Mehrheit der Anteile der Industrieunternehmen ist bereits in fremde Hände geraten. Aus diesem Grunde müßte die Einfuhr aus Polnisch-Oberschlesien auf ein Minimum beschränkt werden."

Diese Polemik müßte auch unsrer Regierung zu denken geben, umsomehr, da laut der Ausfuhrstatistik die Ausfuhr von Kohle und Roheisen nach Deutschland tatsächlich stark zurückgegangen ist.

kratie gewonnen haben werden, wird dieses Ueberbleibsel des Feudalismus schmerzlos und ohne erst einen Stoß abzuwarten, verschwinden." Man kann in der Tat schwerlich etwas andres von einer Majestät voraussagen, der im Laufe der Diskussion ein Bürgerlicher folgendes in aller Begeisterung nachgesagt hat: „Die britische Demokratie stellt keine zu hohen Anforderungen an den Herrscher und seinen Thronerben. Würde in ihrem Kreise; unermüdlicher Besuch von Fußballwettspielen und öffentlichen Diners; absolute Neutralität in der Politik — das sind die Voraussetzungen, an denen das englische Königtum wie ein unzerstörbarer Fels im Zusammenbruch des modernen Europa emporragt."

Wir haben dieser Beschreibung eines Anhängers der englischen Monarchie nichts hinzu zufügen. Höchstens daß, wie der Zwischenfall gezeigt hat, die englischen Arbeiter, die dieses Königtum dulden, es doch weniger zu lieben scheinen, als mancher Minister glaubt. O. P.

Die „Wyzwolenie" gegen Grabski

Der „Wyzwolenie"-Klub hat erneut eine Gärung durchgemacht. In der letzten Klubsitzung kam nämlich das Verhältnis der Partei zur Regierung Grabski zur Sprache. Die meisten Redner haben sich in sehr scharfer Weise gegen Grabski ausgesprochen. Grabski wurden nicht nur Vorwürfe wegen seiner Steuer- und Agrarpolitik gemacht, sondern auch wegen seiner Auslandspolitik. Grabski sei bei der Besetzung von Gesandtenposten sehr leichtfertig verfahren. Der Botschafter in Paris, Chlapowski, und der in London, Skirmunt, haben sich völlig unfähig gezeigt, die ihnen gestellten Aufgaben befriedigend zu lösen.

Die Aussprache über das Verhältnis zur Regierung ist noch nicht beendet worden, doch schon heute kann man feststellen, daß die Unzufriedenheit in der „Wyzwolenie" so allgemein ist, daß der Uebergang des Klubs zur Opposition nur noch eine Frage von Tagen ist.

Endgültige Klarheit über das Verhältnis der Partei zur Regierung dürfte der Parteitag bringen, der am 15. und 16. März in Warschau stattfinden soll.

Der „Piast" hat für denselben Termin eine Parteibezirkskonferenz nach Warschau einberufen. Dieser Beschluß bedeutet eine Kampfansage gegen die „Wyzwolenie", und es ist nicht ausgeschlossen, daß es zwischen den Anhängern dieser Parteien in den Straßen von Warschau zu Zusammenstößen kommt.

Polnische und Danziger Sozialisten.

Am 1. März fand in Warschau eine Konferenz zwischen Vertretern der Polnischen Sozialistischen Partei und der Deutschen Sozialdemokratie Danzigs statt. Besprochen wurde das Verhältnis Danzigs zu Polen sowie die gegenwärtige Wirtschaftslage beider Staaten. Zur Sprache wurde auch die Frage der polnischen Minderheit in Danzig gebracht. Die Danziger Sozialisten dagegen behielten sich vor, die Lage der deutschen Minderheit in Polen auf einer nächsten Konferenz zur Sprache zu bringen.

Zum Schluß wurde beschlossen, einen ständigen Kontakt aufrecht zu erhalten, um eventuell auftretende Streitfälle beider Staaten friedlich schlichten zu können.

Sejm.

(Von unserem K-Parlamentsberichterstatter).

Ein Budgetprovisorium.

In der Dienstagsitzung des Sejm beschäftigte man sich mit dem Budgetprovisorium für März und April. Da das Budget für 1925 die Kommission noch nicht durchlaufen ist, forderte die Regierung ein Provisorium, das schon in der letzten Sejmsitzung des Februar angenommen werden sollte. Es kam zu der ersten und zweiten Lesung des Provisoriums, wobei die „Piast"-Leute die Einfügung einer Summe von 25 Millionen Zloty zur Hilfeleistung an die Landwirtschaft forderten. Da sich die Regierung mit dem Antrag nicht einverstanden erklären wollte, verhinderte der „Piast" die 3. Lesung und so mußte die Regierung drei Märztage ohne Budget arbeiten.

Am Dienstag wiederholte der „Piast" seine Forderung. Vizeminister Klarner erklärte, daß die Landwirtschaft bereits 15 Millionen erhalten habe und noch im März weitere 5 Millionen erhalten werde. Trotzdem bestand der „Piast", teilweise von der „Wyzwolenie" unterstützt, auf seiner Forderung. Dieselbe wurde jedoch mit Stimmenmehrheit abgelehnt und das Provisorium angenommen.

Die Amerikaanleihe.

Zu dem Gesetz über die Amerikaanleihe, das darauf zur Sprache kam, wurden keinerlei Verbesserungen eingebracht. Die starken Töne, die Premierministrr Grabski in der Kommission geredet hat, schreckten die Abgeordneten zurück. Auch der am Nachmittag beratende Senat bewahrte bei dem Gesetz Schweigen. Schweigend wurde somit die Anleihe akzeptiert.

Die Natajski-Gesetze.

Zum Schluß wurde über das Gesetz des Innenministers, betreffend die Abgeordnetenversammlungen beraten. Die linken Parteien beantragten Ablehnung des Gesetzes. Dieser Antrag fand jedoch nur 137 gegen 184 Stimmen. Das Ergebnis wurde von der Linken mit einem Pultdeckelkonzert aufgenommen. Das Gesetz wurde der Administrationskommission zur Durchberatung übergeben.

Zu den Krakauer Novembervorfällen.

Bekanntlich hat die Staatsanwaltschaft des Krakauer Geschworenengerichts gegen die Urteile desselben im bekannten Prozeß gegen die Arbeiterführer beim Allerhöchsten Gericht die Ungültigkeitserklärung des Urteils beantragt. Der Antrag wurde jedoch in der letzten Sitzung abgelehnt.

Damit ist die Angelegenheit endgültig erledigt. Auch die Abgeordneten der P. P. S. Stanczyk und Bobrowski, die seinerzeit für diesen Prozeß den Gerichten ausgeliefert wurden, haben ihre Unantastbarkeit wiederverlangt.

Der deutsche Garantievorschlag.

Beunruhigung in Polen.

Wie bereits berichtet, hat Deutschland an Frankreich und England einen Garantievorschlag gemacht. Obwohl der genaue Inhalt des Vorschlages noch nicht bekannt ist, so ist doch mit Sicherheit anzunehmen, daß Deutschland nur die Westgrenze garantieren will. Für die Ostgrenze, d. h. für die Grenze mit Polen will Deutschland keinerlei Garantien geben. Es will vielmehr die Revision der Grenze auf friedlichem Wege anstreben.

Es ist selbstverständlich, daß dieser Vorschlag die größte Beunruhigung in Polen hervorrufen mußte. In Warschau ist man sehr um die Haltung Englands besorgt, das bisher sehr wenig Sympathien für das neuentstandene Polen bewiesen hat. Dazu kommt noch die polenfeindliche Pressekampagne einflußreicher Politiker wie Lloyd George, Breadford usw. Warschau hofft auf die Hilfe Frankreichs. Herriot soll sich bereits einem Mitarbeiter des „Matin" gegenüber geäußert haben, daß ein Garantiepakt ohne Einschluß Polens und der Tschechei wenig Erfolg auf Annahme habe.

Die geplante Zusammenkunft der Außenminister Englands und Frankreichs wird endgültig Klarheit darüber bringen, wie sich die beiden Regierungen zu dem deutschen Vorschlage verhalten. Nach englischen Pressenachrichten soll die englische Regierung nicht abgeneigt sein, die deutschen Vorschläge zu prüfen.

Tschechische Regierungskrise.

Wegen eines Hirtenbriefes.

Der Hirtenbrief der slowakischen Bischöfe, der die Zugehörigkeit zu einer sozialistischen Partei mit kirchlichen Strafen bedroht, scheint eine Regierungskrise heraufzubeschwören. Die tschechische Sozialdemokratie hat in der Kammer eine Interpellation gegen diesen Hirtenbrief eingebracht und auffallenderweise haben auch die tschechischen Nationalisten eine ähnliche Interpellation eingereicht. Denn auch sie fordern für die Tschechoslowakei eine Trennung des Staates von der katholischen Kirche und vor allem die Einführung von Kirchensteuern. Bisher sind in der Tschechoslowakei die Ausgaben der Kirche aus den allgemeinen Einnahmen des Staates gedeckt worden, so daß auch Nichtkatholiken zu ihnen herangezogen wurden. Alle diese Probleme sind nunmehr plötzlich durch den Hirtenbrief aufgerollt worden. Die Folge wird sein, daß es zu einer scharfen Auseinandersetzung innerhalb der Regierungskoalition, vor allem zwischen der katholischen Volkspartei und den tschechischen Sozialisten kommen wird, die den Hirtenbrief als politischen Vorstoß betrachten.

Wie die letzten Nachrichten besagen, so soll die katholische Volkspartei nachgegeben haben, indem sie den Bischöfen nahelegte, den Hirtenbrief zurückzuziehen. Wenn sich die Bischöfe damit einverstanden erklären sollten, so wäre die Regierungskoalition wieder einmal gerettet.

Die Wahlen in Luxemburg.

Bei den Wahlen in die Abgeordnetenkammer wurden gewählt: 22 Katholiken, 9 Sozialisten, 9 Radikale und Liberale. Einige Mandate fielen den kleineren Parteien zu.

Zum Tode Eberts.

Die Meinung des Auslandes.

Das ganze Ausland erkennt an, daß dieser einfache Sohn des Volkes ein ungewöhnlicher Mann gewesen ist, der sich weithin in der Welt hohe Achtung erworben hat. Es ist nicht so, daß dies die üblichen Kondolenzen gewesen seien. Man ist sehr wohl in der Lage, zwischen ihnen und Kundgebungen zu unterscheiden, die über ein konventionelles Maß hinausgehen. Man müßte blind oder völlig verbohrt sein, um nicht zu sehen, daß in zahllosen Aeußerungen des Auslandes eine menschliche Wertschätzung spricht, die dasjenige weit hinter sich läßt, was bei solchen Anlässen die Gepflogenheit ist, wenn nur einer Form Genüge geschehen soll, ohne daß das Gefühl mitspräche. Diese Ehrung, die eine Welt dem verstorbenen deutschen Reichspräsidenten erweist, ist dem Gemüte wohltätig und lindert die Trauer, die das deutsche Volk an seiner Bahre empfindet.

Aus allen Ländern, von allen Regierungen und sozialistischen Parteien sind tiefempfundene Beileidskundgebungen an die deutsche Reichsregierung und die sozialdemokratische Partei übermittelt worden.

Präsident Coolidge, der am Freitag mit dem gesamten diplomatischen Korps an einer offiziellen Trauerfeier für den Reichspräsidenten Ebert teilnehmen wird, übersandte dem Reichskanzler Dr. Luther nachstehendes Beileidstelegramm:

„Mit tiefer Trauer erfahre ich die Nachricht vom Hinscheiden des Reichspräsidenten Ebert. Ich möchte hierdurch die tiefgefühlte Anteilnahme der amerikanischen Regierung sowie des ganzen amerikanischen Volkes zum Ausdruck bringen."

Der König von Dänemark sprach persönlich dem deutschen Gesandten sein Beileid aus. Auch die Sowjetregierung sprach beim deutschen Botschafter vor. Bei dieser Gelegenheit sprach der Botschafter wie folgt über Ebert: „Ich weiß aus meiner gesamten politischen Zusammenarbeit mit ihm, daß er ein treuer Freund des russischen Volkes gewesen ist und jederzeit an der obersten Regierungsstelle, an die er durch das Vertrauen des deutschen Volkes berufen war, für die Vertiefung der vertrauensvollen herzlichen Zusammenarbeit des Deutschen Reiches und der Sowjetunion aus voller Ueberzeugung eingetreten ist."

Große Sympathiekundgebungen für das deutsche Volk fanden auch in England statt. In Frankreich herrscht in der politischen Beurteilung des Todes ziemliche Einmütigkeit. Man sieht das Ableben Eberts als einen schweren Schlag an, aus dem Gefühl heraus, daß die Politik internationaler Verständigung an ihm in Deutschland eine ihrer stärksten Stützen verliert. Man befürchtet hier vor allem, daß es den nationalistischen Parteien gelingen könnte, den Demokraten auch die letzte Position in der politischen Führung des Reiches zu entreißen und daß die Wahl eines Politikers der Rechten zum Reichspräsidenten das letzte Hindernis für die Wiederherstellung der Monarchie aus dem Wege räume. Noch bis zum 7. Dezember habe man annehmen können, daß das deutsche Volk sich auf einen gemäßigten Politiker der Linken einigen werde, seitdem aber die Regierung unter den Einfluß der Deutschnationalen gelangt sei, sei diese Hoffnung im höchsten Grade zweifelhaft geworden.

In ganz Deutschland herrscht große Landestrauer. Bis zur Beisetzung der Leiche in Heidelberg, die heute stattfindet, sind alle Theatervorstellungen, Kinovorführungen sowie belustigende Veranstaltungen verboten worden.

Um den Nachfolger wird schon heute heftig gestritten. Laut Verfassung übt bis zur Wahl des neuen Reichspräsidenten der Reichskanzler die Tätigkeit des Reichspräsidenten aus, also in diesem Falle Dr. Luther. Die größten Aussichten als Kandidaten für den Posten des Reichspräsidenten haben Dr. Marx, der ehemalige Reichskanzler, und Dr. Luther. Die Rechtsparteien sind jedoch eifrig bemüht, einen eigenen Kandidaten vorzuschlagen.

Beileidskundgebung der Deutschen Arbeitspartei Polens.

Auch die werktätigen Deutschen Polens haben der großen Trauer, die die ganze demokratische Welt anläßlich des Hinscheidens des Sozialisten Ebert tief erschüttert hat, Ausdruck gegeben, indem sie durch die Arbeitspartei an die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nachstehendes Beileidstelegramm sandte:

An den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Tod des ersten Reichspräsidenten der deutschen Republik und des großen Führers der sozialistischen Arbeiterbewegung hat auch in den Herzen der deutschen Werktätigen Polens tiefe Trauer hervorgerufen. Die Deutsche Arbeitspartei Polens drückt ihrer großen Bruderpartei im Deutschen Reich ihre innigste Teilnahme aus anläßlich des schweren Verlustes, der sie betroffen hat.

Der Hauptvorstand

Lodz. Zerbe, Kronig.

Lokales.

Die Regierungsbestellungen.

Am Montag fand im Ministerium die Verteilung der Bestellungen an die einzelnen Firmen statt, wobei die Lodzer Industrie sehr schlecht abgeschnitten hat. Bestellungen erhielten die nachstehenden Firmen: Bennich 48 Tausend Meter, Brodacz (Zgierz) 25 Tausend, Prussak 25 Tausend, Schweikert 15 Tausend, Zapp 11, Wulfsohn 10, Leonhardt 9, Kindermann 9, Landsberg (Tomaschow) 8 Tausend, Borst (Zgierz) 6.500, Eisert 6, Szyfer 5 uns Waks 5 Tausend.

Bialystok erhielt Bestellungen in der Höhe von 60 Tausend Meter.

Die größten Bestellungen erhielten die Bielitzer Firmen, davon die Firma Wolf allein 120 Tausend Meter, eine mittelgroße Fabrik von Pilcer und Biyl 90 Tausend Meter.

Dieser Verteilung entsprechend erhielt das Industriezentrum Lodz 200, Bialystok 60 und das kleine Bielitz gegen 640 Tausend Meter. Zwei Bielitzer Firmen haben größere Bestellungen als ganz Lodz erhalten.

Die Lodzer Industriellen haben gegen diese Verteilung Protest eingelegt. Es ist anzunehmen, daß sich die Regierung darin orientieren wird, daß der Unterschied zwischen Lodz und Bielitz größer ist und die Verteilung der Bestellungen abgeändert werden muß, da, wie in Kreisen der Industrie versichert wird, die Bielitzer Firmen nicht imstande wären, den ihnen übertragenen Bestellungen gerecht zu werden.

• • •

Die hiesigen polnischen Tageszeitungen „Glos Polski" und „Republika" brachten diese Nachricht gestern an leitender Stelle. Das Regierungskommissariat sah darin etwas gesetzwidriges und beschlagnahmte die Auflagen beider Blätter.

Die Wirtschaftsabteilung des Bezirksgerichts, die gestern sofort zusammentrat, um über das Vorgehen des Regierungskommissariats zu beraten, sah in der Veröffentlichung der Nachrichten keinen Verstoß und ordnete die Freigabe der inzwischen zu Makulaturen gewordenen Zeitungen an.

Es scheint ein Uebereifer im Regierungskommissariat Platz gegriffen zu haben.

Von der Krankenkasse.

In der Dienstagsitzung der Verwaltung der Krankenkasse wurde bei Beginn ein Schreiben des Direktors und der Vizedirektoren verlesen, in dem die drei Herren gemeinsam gegen die ihnen gegenüber getriebene Verhetzungspolitik in den Versammlungen des Rates der Krankenkasse protestieren und bitten, die Verwaltung möge im Einvernehmen mit dem Präsidium des Rates in Zukunft derartige Auftritte verhüten. Verwaltungsmitglied Ravalski (P. P. S) wies in einer längeren Rede auf die Taktik der N. P. R. hin, die, obwohl sie die wichtigsten Mandate in der Kasse inne hat, gleichzeitig eine Oppositionspolitik betreibt, die die Autorität der Kasse und die Leitung derselben herabzerrt und dabei sogar vor Ehrenbeleidigungen nicht zurückschreckt. Angenommen wurde eine Entschließung, die das Bedauern wegen der Vorfälle ausdrückt, und die Leitung auffordert, zum Wohle der Kasse weiterzuarbeiten.

Direktor Arct berichtete über den Verlauf des Aerztestreiks. Daraus ist ersichtlich, daß 12 Militärärzte in der Kasse arbeiten, wozu sie von der Militärbehörde aufgefordert wurden. Außerdem hat das Regierungskommissariat diejenigen Aerzte zur Aufnahme ihrer Tätigkeit in der Kasse aufgefordert, die keine polnischen Staatsbürger sind. In Verbindung mit diesem Bericht wurde auf Antrag Dr. Weißbergs beschlossen, die Aerzte zu einer Konferenz einzuladen, auf der sie zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert werden und wobei ihnen mitgeteilt werden soll, daß eine weitere Lohnerhöhung in Anbetracht der materiell ungünstigen Lage der Kasse unmöglich sei.

Weiter wurde beschlossen, in der Zentrale der Kasse in der Wulczanskastraße 223 eine biologische Anlage zu errichten.

Für den Monat Februar wurde ein Budget in der Höhe von 844953 Zloty angenommen, bei einer Summe von Ausgaben in ungefähr derselben Höhe. Charakteristisch ist die Tatsache, daß 60 Prozent der Februareinnahmen durch Zwangseintreibung in die Kasse eingeflossen sind.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden für die nächste Sitzung zurückgestellt.

Arbeitslosenunterstützungen. Die 21. Rate der Unterstützung wird ausgezahlt:

Am Freitag	im Büro	3	von Nr.	5001 bis Ende
	„ „	1	„ „	5501—6500
	„ „	9	„ „	6001—7000
	„ „	4	„ „	8001 bis Ende.
Am Sonnabend	„ „	1	„ „	6301—7500
	„ „	9	„ „	7001—8000
Am Sonntag	„ „	1	„ „	7501 bis Ende
	„ „	9	„ „	8001 bis Ende.

Zum Aerztestreik. Der Nationale Volksverband hat, wie die „Gazeta Poranna" in Warschau mitteilt, eine Interpellation an die Regierung eingereicht, in der er die Aerzte verteidigt und gegen den Wojewoden Darowski scharf auftritt. Dies beweist, daß sich die Gegner der Kasse, die Endecja, der Aerzte annimmt und daß also zwischen beiden ein recht intimes Verhältnis besteht. Große Ehren bringt dies den Aerzten nicht ein.

Zum Streik bei Scheibler und Grohmann. Heute begibt sich eine Delegation zu der Fabrikleitung und wird eine klare Antwort fordern. Darauf wird in einer Versammlung das weitere Vorgehen der Arbeiter festgestellt werden.

Gekündigt. Die Fabrik der Gebr. Samet, Kilinskiego, hat ihren Arbeitern zweiwöchentlich gekündigt, da sie den Betrieb schließen will.

Die Poznanskische Fabrik ist wieder in Betrieb gesetzt worden. Die streikenden Arbeiter führten eine Abstimmung durch, wobei die Mehrheit für die Wiederaufnahme der Arbeit stimmte.

Die Kommission des Arbeitslosenfonds stellte in ihrer letzten Sitzung fest, daß die Einnahmen für März 416200 Zloty, die Ausgaben aber über 1150000 Zloty betragen werden. Für Unterstützungen ist die Summe von 1113000 Zloty vorgesehen. Das Budget wurde dem Hauptkomitee in Warschau zur Bestätigung übersandt.

Der Teuerungsindex ist im Monat Februar im Verhältnis zum Januar um 0,8 Prozent gestiegen.

In Posen stieg die Teuerung in derselben Zeit um 0,76 Prozent.

Die Bank Polski hat am Dienstag aus Amerika Gold in Stäben im Werte von 6 Millionen Zl. erhalten.

Eine stürmische Tagung des Polnischen Fußballverbandes. Auf der letzten Tagung des Fußballverbandes in Krakau kam es zu stürmischen Szenen. Sledz von L. K S wurde wegen Berufsspiel aus der Liste der Fußballer gestrichen. Darauf wurde beschlossen, die Spieler mit Lichtbildausweisen zu versehen, um auf diese Weise Mißbräuche zu vermeiden.

Der Sturm wurde durch die Debatte über Berufsspiel entfesselt. Auch der Beschluß, die Verbandszentrale von Krakau nach Warschau zu verlegen, führte zu erregten Szenen. Die Krakauer fühlten sich beleidigt und erklärten, keinen Vertreter in die Verwaltung des Verbandes zu entsenden. Auf Grund obigen Beschlusses bleibt die Verbandsverwaltung nur bis Ende dieses Jahres in Krakau.

Vom Deutschen Theater.

Aus der Theaterkanzlei wird uns geschrieben:

Heute, Donnerstag, den 5. März d. J., um 8.15 Uhr abends, wird im Premierenabonnement Nr. 22 Friedrich von Schillers weltberühmtes Drama „Maria Stuart" gegeben. Die Titelrolle liegt in den Händen der Frau Erika van Draaz, die sie meisterhaft verkörpert. Die Elisabeth spielt Frl. Foitik, den Leicester Herr Rosen, den Shrewsbury Herr Stieber. Burleigh Herr Links, den Mortimer Herr Litteck. Die Regie hat Dir. Dr. Robert Lohan selbst in Händen. Sonntag Abend findet die vierte Wiederholung des mit ungeheurem Erfolge gegebenen Schwanks „Die kleine Sünderin" statt.

---

10. Staatslotterie.

5. Klasse — 16. Tag.

Hauptgewinne:

Zloty 5000 auf Nr. 29658.
Zl. 3000 auf Nr. 41295.
Zl. 600 auf Nr. Nr. 6689, 17266.
Zl. 500 auf Nr. Nr. 3521, 3561, 19027, 37,239.
Zl. 250 auf Nr. Nr. 18715, 21434, 32905, 38435, 40260, 43020, 46088.

17. Tag.

Zloty 600 auf Nr. Nr. 24299, 26019.
Zl. 500 auf Nr. Nr. 5627, 40741, 41319.
Zl. 250 auf Nr. Nr. 199, 7517, 8365, 41963, 47024.

Finanzverhältnisse im Lodzer Magistrat.

Chadecja gegen Endecja.

Seinerzeit wandten sich die Beamten des Lodzer Magistrats an das Präsidium mit der Forderung der Auszahlung des 13. Gehalts. Bevor der Stadtrat zur Besprechung dieser Angelegenheit schritt, informierten sich die Magistratsherren in der Wojewodschaft darüber, ob ein diesbezüglicher Beschluß des Stadtrats von der Aufsichtsbehörde bestätigt wird. Die Wojewodschaft antwortete ausweichend, gab jedoch zu verstehen, daß der Staat die 13. Gehälter kassiert und an deren Stelle eine Remuneration für diejenigen Beamten eingesetzt hat, die sich durch Fähigkeit und Fleiß auszeichnen.

Darauf wurde die Angelegenheit im Stadtrat besprochen. Während zweier Sitzungen erklärten sich die linken Parteien für das 13. Gehalt, die rechten dagegen. Angenommen wurde schließlich ein Antrag, den Magistratsbeamten eine Anleihe in Höhe eines Monatsgehalts unter der Bedingung zu erteilen, daß diese in der zweiten Jahreshälfte in 6 gleichen Monatsraten von den Gehältern wieder abgezogen wird.

Bis Ende Februar sprachen die Beamtendelegationen einige Male im Magistrat vor und forderten die Auszahlung entsprechend dem Stadtratbeschluß. Endlich verfügte Stadtpräsident Cynarski an die Kasse, die Auszahlung vorzunehmen. Da jedoch Vizepräsident Groszkowski die Kasse unterstellt ist, frug die Kasse vorher bei ihm an. Vizepräsident Groszkowski verbot die Auszahlung und stellte dadurch seinem höheren Kollegen ein Mißtrauensvotum aus. Die Sache kam vor die Magistratssitzung. Stadtpräsident Cynarski forderte die Aufrechterhaltung seiner Anordnung und damit seiner Autorität. Zerknirscht unterschrieb Vizepräsident Groszkowski die Anordnung an die Kasse und so begann am Dienstag die Auszahlung an die Beamten der Präsidial- und der Finanzabteilung. Plötzlich erschien gegen Mittag der Herr Vizepräsident, forderte seine schriftliche Anordnung zurück und versuchte seine Unterschrift wegzuradieren. Als dies nicht gelang, durchstrich er die Unterschrift und ordnete an, daß keine weiteren Auszahlungen erfolgen dürfen. Den Beamten aber, die bereits die Darlehen erhalten haben, sollen die Summen vom Märzgehalt in Abzug gebracht werden.

Und so hat Herr Groszkowski eine neue Palastrevolution heraufbeschworen. Die nationale Familie zankt. Die Beamten stehen vor der bangen Frage: „Gewinnt der Präsident oder sein Stellvertreter das Rennen?"

Für die heutige Magistratswirtschaft ist dieser Vorfall aber bezeichnend.

Elka.

Vereine.

Ein Vortrag über das Schulwesen.

Am 26. Februar hielt Herr Dr. Kotzian-Zgierz im Commisverein einen sehr interessanten Vortrag über das Schulwesen. Während seiner Zeit der bereits verstorbene Seminarlehrer Julius Wolff in seinen Vorträgen die Umgestaltung des Schulwesens durch die Einführung der Herbartschen Methoden sowie die Prinzipien dieser Methoden behandelte, und Herr Gymnasiallehrer A. Breyer-Zgierz die Zuhörer mit den Grundlinien der neuesten Bestrebungen auf dem Gebiete des Schulwesens (Arbeitsschule) bekannt machte, hörten wir am vorigen Donnerstag eine ausführliche historische Beleuchtung von der ältesten bis zur neuesten Zeit. Der inhaltreiche Vortrag war das Produkt einer gewaltigen Arbeit auf dem Gebiete kulturhistorischen Studiums. Leider scheint das Schulwesen in den Kreisen der Handelsangestellten noch nicht die ihm gebührende Würdigung gefunden zu haben, denn gerade derartige Vorträge finden stets eine geringere Zuhöreranzahl.

H—n.

Christl. Commisverein z. g. U. Donnerstag, den 5. Mai, Vortrag des Herrn Oskar Klikar über Nationalökonomie.

Deutscher Lehrerverein zu Lodz. Sonnabend, d. 7. März 1925, um 8 Uhr abends, hält Herr P. Doberstein im Vereinslokale einen Vortrag über „Luthers Bedeutung für die deutsche Erziehung". Herr P. Doberstein ist als guter Redner allgemein bekannt, und versteht es, durch schöne Sprache die Zuhörer zu fesseln. Wir erwarten, daß die gesch. Mitglieder dem Verein ihr Interesse entgegenbringen werden.

Aus dem Reiche.

Alexandrow. Stadtratsitzung. In der am Sonnabend abend stattgefundenen Stadtratsitzung wurden in den Kreisausschuß Bürgermeister Fisterer und Herr Goldberg gewählt. Als Vertreter der Stadt an der am 22., 23. und 24. März l. J. in Warschau stattfindenden Tagung des Städteverbandes wurde Schöffe Josef Huf (D. A. P.) abdelegiert. Somit wird die D. A. P. auf dem Kongreß durch zwei Delegierte vertreten sein. Aus Lodz nimmt bekanntlich Stv. Kuk an der Tagung teil.

Kurze politische Nachrichten.

Der Kampf gegen die Wohnungsnot in Deutschland. Vom 1. April l. J. ab wird der Mietszins in Deutschland 100 Prozent der Vorkriegsmiete betragen. 35 Prozent davon fließen in die Selbstverwaltungskassen und sind zum Wohnungsbau bestimmt.

Die Angoraregierung zurückgetreten. Am Dienstag ist das Gesamtkabinett der Türkei zurückgetreten.

Ermordeter Exminister. Der Albanier Stamola aus Durazzo ermordete am Dienstag den früheren Finanzminister der Albanierregierung Gracucho. Der Mörder wurde verhaftet.

Einsturz einer Glasfabrik.

In Saarbrücken ist eine Glasfabrik eingestürzt. Zahlreiche bei den Schmelzöfen beschäftigte Arbeiter wurden verschüttet. Viele Tote und viele Verwundete wurden unter den Trümmern hervorgezogen. Weitere Arbeiter werden noch vermißt.

Von der Deutschen Arbeitspartei.

Referentenkurse.

Am Sonntag, den 8. d. M. fallen die Referentenkurse aus.

„Der Mensch". Am Montag sprach im Saale des Vereins deutschsprechender Meister und Arbeiter Herr S. Hayn über dieses Thema. Er behandelte die soziale Lage des Menschen vor Jahrhunderten und in der Jetztzeit und ging dann auf die Zusammensetzung des Körpers über. Der Vortrag fand aufmerksame Zuhörer und wurde mit dankbarem Beifall aufgenommen. Derartige Vorträge wissenschaftlichen Inhalts, zu denen die Jugendorganisation jetzt geschritten ist, dürften viel zur geistigen Hebung der Jugend beitragen.

Unter der Führung eines sozialistischen Staatspräsidenten

Durch die Wahl des Sozialisten Calles zum Präsidenten der mexikanischen Bundesrepublik hat dieses Land einmal in erfreulicher Weise die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gelenkt. Es ist das Land der Gegensätze, das Wunderland.

Man sollte für Mexiko, als einem typischen Tropenland, ein für Europäer fast unerträgliches Klima erwarten. Die höchsten Berge sind der Citlaltepetl (Pic von Orizabu) mit 5585 Meter und der Popocatepetl mit 5450 Meter. Es gibt weite Hochflächen mit 1500 bis 2000 und solche mit fast 3000 Meter Seehöhe. Die Schneegrenze ist in diesem Lande der Tropen erst bei 4000 Meter. Während also im Golf von Mexiko Backofentemperatur herrscht und hier das Wasser des Golfstromes so erwärmt wird, daß seine, also Mexikos Wärme, noch die vielen Tausende von Kilometer entfernter Gestade Norwegens erwärmt, herrscht auf den Hochebenen mildes Klima und in vielen Teilen des Landes ewiger Frühling.

Es ist begreiflich, daß die Produkte der Tropen, der gemäßigten und sogar der kalten Zone sozusagen in nächster Entfernung voneinander zu finden sind.

Der Flächeninhalt der Bundesrepublik von achtundzwanzig selbständigen Staaten ist nicht ganz 2 000 000 Quadratkilometer, welche aber kaum fünfzehn Millionen Menschen bewohnen. Es ist also fast fünfundzwanzigmal so groß wie Oesterreich, hat aber nicht viel über zweimal so viel Einwohner. Von diesen sind fast fünf Millionen noch echte Indianer, etwa drei Millionen sind Weiße, der Rest Mischlinge. Von den Indianern sind über die Hälfte trotz fast fünfhundertjähriger Bekehrungsversuche Heiden. Sonst ist das Land rein katholisch. Die Volksbildung steht auf einer tiefen Stufe; vier Fünftel der Bevölkerung sind des Lesens und Schreibens unkundig.

Es gibt nur wenige wirkliche Städte; die wichtigsten sind die Bundeshauptstadt Mexiko mit rund 600 000 Einwohnern, dann Guadalajara mit 150 000, Puebla mit 100 000 Einwohnern. Von Bedeutung sind noch die Hafenstädte Verakruz als Ausgangspunkt der Bahn nach Mexiko und Tampico als Mittelpunkt der Petroleumindustrie.

Der Handel wird fast ganz von den Vereinigten Staaten beherrscht.

Das Land ist das wichtigste Silberproduktionsland. Von dem Gesamterzeugnis der Erde von rund 7 300 000 Kilogramm kommen 2 800 000 Kilogramm aus Mexiko. Der Silberreichtum war in früheren Zeiten ebenso ein Verhängnis für das Land wie gegenwärtig sein Petroleumreichtum. Durch sein Silber lockte es die Abenteurer aller Welt an und verlor seine Unabhängigkeit; in der Gegenwart muß es um seine Autorität schwer gegen die nordamerikanischen Kapitalisten kämpfen.

Von der gesamten Petroleumproduktion von mehr als einer Milliarde Barrels (ein Barrel entspricht 1,6 Hektoliter) war im Jahre 1921 fast ein Fünftel, also 200 000 000 Barrels, dem mexikanischen Boden entnommen, dabei sind aber vorläufig erst 6000 Hektar exploitiert, während fast 1 500 000 Hektar, also eine Fläche größer als Oberösterreich, noch des Aufschlusses harren. Wie gering ist dagegen die Produktion Galiziens mit rund 5 000 000 Barrels, die doch ganz Polen versorgt! Bei dem Umstand, daß das mit Erdöl betriebene Motorschiff das Dampfschiff immer mehr verdrängt und die modernen Kriegsschiffe aller Nationen, wenn nicht auf (Diesel-) Motorbetrieb, so doch auf Petroleumheizung gestellt werden, ist es selbstverständlich, daß Mexikos Petroleumreichtum den reichen und mächtigen nordamerikanischen Petroleumtrust bestimmt, diese Quellen nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch unter seine Herrschaft zu bekommen.

In diesem merkwürdigen Lande berühren sich nicht nur die Kulturen aller Zonen, sondern auch mehrerer Zeitalter. Wir haben bereits erwähnt, daß noch 5 000 000 echte Indianer Heiden sind. Aus der Glanzzeit der Kultur dieser Ureinwohner stehen noch viele sehr gut erhaltene Reste. Es sind große Pyramiden vorhanden, die, wie im alten Aegypten, Ruhestätten von Königen sind. Die Sonnenpyramide bei San Juan Theotihuacan erreicht zwar nicht die Cheopspyramide Aegyptens, ist aber immerhin ein ansehnliches Bauwerk von 70 Meter Höhe und 250 Meter im Quadrat an Grundfläche.

Die Indianer wohnen noch in ganz primitiven Hütten aus Palmstroh und Bambus. Ganz zum Aussterben sind sie nicht bestimmt, denn wenn auch in noch nicht absehbarer Zeit die echten Indianer, die heute zu den schwersten und untergeordnetsten Diensten herangezogen werden, ausgestorben sein dürften, so leben sie im großen Mischungsvolk der Mexikaner gewiß weiter.

Unbeugsam ist der Freiheitssinn der Mexikaner und ihm verdanken sie ihre mehr als hundertjährige Unabhängigkeit.

Ing. L. F.

Warum ein englischer General Sozialist wurde.

Der englische General Lord Thomson, der als Mitglied der Arbeitspartei dem Kabinett Macdonald als Minister für Luftverteidigung angehört hat, gewährte kürzlich einem amerikanischen sozialistischen Journalisten ein Interview über die Gründe, die ihn zum Sozialismus geführt haben. Die Ausführungen Thomsons zeugen von einer so hohen moralischen Verantwortungsfreudigkeit, daß die Schilderung, die der Amerikaner von seinem Besuch bei Lord Thomson entwirft, auch bei uns lebhafteste Beachtung verdient. Auf die Frage, was Thomson, den Soldaten und Offizier, zum Mitglied der Arbeitspartei gemacht habe, gibt der Gefragte die folgende Antwort: „Ich wurde Mitglied der Labour Party nicht obwohl, sondern **weil** ich ein Soldat bin. Die Arbeitspartei war für den Frieden, sie war die einzige Partei, die den Frieden wollte. Ich habe fünf ausgezeichnete Argumente für den Frieden — fünf Kriege, die ich mitgemacht habe. Krieg ist immer zerstörend, immer gleich unnütz und so etwas wie ein internationales Gelage des Blutrausches. Krieg ist eine wahre Orgie der Verdrehung, der Lüge, des Wahnwitzes, der Dummheit. Mein Vater und mein Großvater waren alle Generale. Ich begann meine eigene Karriere in der Militärakademie von Woolwich und war dann sechsundzwanzig Jahre lang Soldat, von unten herauf bis zum Brigadegeneral. Meine militärische Tätigkeit hat sich auf nicht weniger als vier Kontinenten abgespielt. Als Soldat, der ich nun im wörtlichsten Sinne von Haus aus war, habe ich niemals eine Minute Zeit dazu gefunden, um auch einmal über politische und soziale Probleme nachzudenken. **Aber der große Weltkrieg brachte eine Erleuchtung für mich.** Ich war Militärattache in Belgrad, in Bukarest, in anderen kontinentalen Hauptstädten und hatte später als Mitglied des großen interalliierten Kriegsrates genügend Gelegenheit, mich in ganz Europa herumzuschlagen. Was ich dabei gesehen habe, das war für mich eine völlige Zerstörung jeder Illusion über das Wesen des Krieges, und in meinem Buche „Des alten Europa Selbstmord“ habe ich dem Ekel Ausdruck verliehen, den ich damals wie heute noch für eine „staatsmännische Führung“ empfand, die diesen schaudervollen Zustand verschuldet hat. In Paris machte ich zuerst die persönliche Bekanntschaft mit Mitgliedern der Arbeitspartei — mit Macdonald, Henderson, Clynes. Sie besuchten oftmals Paris, im Zusammenhang mit ihren Bemühungen um einen dauerhaften Frieden. Als ich mich mit ihnen öfter und öfter traf, bemerkte ich zu meinem Staunen, daß die Gesichtspunkte, die ich für mich allein ausgearbeitet hatte, hier schon längst eine feste Form angenommen hatten und, daß diese Männer die einzigen waren, die meinen Auffassungen zustimmten. Mehr und mehr suchte ich die Gesellschaft dieser Männer auf, im Jahre 1919 trat ich definitiv zur Labour Party über und wurde Kandidat für das Unterhaus. Ich wurde mit einer erheblichen Majorität geschlagen, aber es war eine ganz einzigartige Erfahrung für mein Leben.“ Ueber die Frage des Sozialismus sagte Lord Thomson, gebe es verschiedene Auffassungen. Er wünsche nicht mit einem Schlage die Sozialisierung aller Industrien. „Ich glaube aber an eine unmittelbar mögliche Sozialisierung der Bergwerke und der Eisenbahnen. Aber ich bin dagegen, daß man den Wählern zu viel verspricht. Das ist unanständig. Man kann die Dinge nicht auf den Kopf stellen, sondern muß schrittweise vorgehen. Ich möchte aussprechen, daß die Regierungen dem Volke mehr und mehr gerecht werden müssen. Zweck und Sinn der Regierung muß sein, dafür zu sorgen, daß die Schwachen nicht von den Starken zerquetscht werden. Zu viele Menschen wollen noch immer auf den alten, ausgetretenen Pfaden des Individualismus weitergehen. Aber das ist der **Weg von Barbaren**, nicht der unsere.“

Aus dem Kulturstaat Rumänien.

Der auf Befehl eines Generals von der Polizei mißhandelte Friseur.

Vor einigen Wochen erschien bei dem deutschen Friseur Adam Seibert zu einer Zeit, als dessen Laden von Kunden überfüllt war, der Bursche des rumänischen Generals Prodan mit der Aufforderung, Seibert oder einer seiner Gehilfen möge sofort zu seinem Herrn kommen, um ihn zu rasieren. Seibert lehnte dies mit Rücksicht auf den regen Geschäftsverkehr im Laden ab. Dann erschien General Prodan selbst; Seibert bat ihn höflich, im Laden Platz zu nehmen, er werde ihn sofort, noch vor anderen, länger wartenden Kunden bedienen. General Prodan ging unter Ausdrücken des Unwillens weg. Gleich darauf wurde der Friseur durch einen Polizisten aufgefordert, sofort bei der Polizei zu erscheinen. Als Seibert dieser Aufforderung Folge leistete, wurde er auf der Polizeipräfektur von zwei Polizeikommissaren in Empfang genommen und mit Fäusten, Hosenriemen und Stöcken derartig bearbeitet, daß er **ohnmächtig zusammenbrach**, ins Spital geschafft werden mußte und dort zwei Wochen lag. Zwei Tage lang hatte es den Anschein, als ob Seibert den Verletzungen erliegen sollte. Vor einigen Tagen beschäftigte sich nun der Temesvarer Gerichtshof mit der Anzeige, die der mißhandelte Friseur gegen seine Peiniger, die er mit Namen nennen konnte, erstattet hatte. Der Gerichtshof beschloß, die gegen die beiden Polizeibeamten eingeleitete Untersuchung einzustellen, da nicht erwiesen werden könne, wer Seibert mißhandelt habe.

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stv. Ludwig Kuk.
Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauer 109.

Nach dem Parteitag der französischen Sozialisten

Die Presse des Nationalen Blocks hatte bis zum letzten Augenblick die Ueberzeugung und die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß sich auf dem Parteitag von Grenoble keine Eintracht erzielen lassen werde zwischen den verschiedenen Strömungen innerhalb der sozialistischen Partei Frankreichs. Aber wie ist es schließlich, zur bitteren Ueberraschung für die Reaktion, zur einstimmigen Annahme der Hauptentschließung gekommen?

Es wird die Fortführung, ja die verstärkte Fortsetzung der Unterstützungspolitik in der unzweideutigsten Weise gefordert und die Aufrechterhaltung der völligen Selbständigkeit der Partei betont. Soweit die Entschließung Zugeständnisse an die verschiedenen Strömungen, wie sie in der Aussprache zum Ausdruck gekommen sind, enthält, lassen sich diese kurz folgendermaßen zusammenfassen: Die kleine Opposition, die unter der Führung von Bracke im Bezirksverband der Seine (Groß-Paris) die Mehrheit für eine Entschließung erlangt hatte, die dem Bericht der Parlamentsfraktion die Zustimmung verweigerte, hat sich entschlossen, dem Satz zuzustimmen, in dem von der bisherigen Tätigkeit der Fraktion „mit Befriedigung“ Kenntnis genommen wird. Die Mehrheit dagegen, von der einzelne Redner wie Grumbach und Renaudel auf eine genaue Festlegung der zukünftigen Beziehungen der Fraktion zu den anderen Gruppen der Mehrheit der Regierung gedrängt hatten, stimmte einer Reihe von Sätzen zu, die die Selbständigkeit der Fraktion und der Partei und ihren uneingeschränkten selbständigen Charakter hervorheben.

Da in Wirklichkeit die Meinungsverschiedenheit sich auf unwichtige Dinge beschränkte, gelang dem aus Blum, Renaudel und Bracke zusammengesetzten Unterausschuß ohne lange Diskussion eine Einigung. Wäre in der Hauptdebatte die Meinung zum Ausdruck gebracht worden, daß man um begangener Fehler willen die Unterstützungspolitik einstellen und die Fraktion in die Opposition zurückkehren solle, dann wäre die Einigkeit schwieriger, wenn nicht unmöglich geworden; aber kein einziger Redner hatte diese Forderung gestellt, und es war Bracke, der davon sprach, durch eine strenge Kontrolle und eine mutige reformatorische Tätigkeit die Unterstützungspolitik zu stützen. Alle Redner aus der Provinz haben sich tief von dem Gedanken durchdrungen gezeigt, daß ein Sturz des Kabinetts Herriot unselige innere und äußere Folgen haben müsse und daß es deshalb im Interesse der französischen Arbeiterklasse liegt, den weiteren Bestand dieser Regierung zu sichern. In der Entschließung wird das deutlich zum Ausdruck gebracht in den Sätzen, die auf die Gefahr einer Rückkehr des Nationalen Blocks zur Regierung hinweisen. Ausdrücklich und nicht ohne damit indirekt auf gewisse brennende Fragen anzuspielen, wird betont, daß die sozialistische Fraktion unter keinen Umständen Dingen zustimmen könnte, bei denen grundlegende Prinzipien sozialistischer Weltanschauung oder Verpflichtungen, die von der sozialistischen Partei Frankreichs der Arbeiter-Internationale gegenüber eingegangen sind, verletzt würden.

Der Regierung wird damit unzweideutig zu verstehen gegeben, daß die sozialistische Fraktion in den Fragen, die mit dem Frieden und seiner Stärkung, mit den deutsch-französischen Beziehungen und ihrer freundschaftlichen Gestaltung zusammenhängen, keinerlei Rückfall zu den Methoden des Nationalen Blocks mitmachen werde. Für den Bestand der Regierung Herriot bedeuten diese Beschlüsse eine Stärkung; zu gleicher Zeit schalten sie ein gewisses Unbehagen aus, das in den letzten Wochen sich in gewissen Reihen der Linken bemerkbar machte, in denen man dem Kongreß von Grenoble mit Unruhe entgegensah. In diesen Kreisen hatte man die politische Schulung der französischen sozialistischen Partei wesentlich unterschätzt. Die harte Lehre, die die Ereignisse der letzten Jahre den Mitgliedern der sozialistischen Partei erteilt haben, hat in den kleinsten Bezirken ein starkes Verantwortungsgefühl entstehen lassen.

K. L.

Zurück ins Mittelalter.

Die Wirkungen des Konkordats.

Der Senator der Chadecja, Thullie, hat in einer der letzten Senatssitzungen den Antrag eingebracht, das Ehegesetz durch drei Artikel zu ergänzen. Diese Artikel, die die Nummern 196, 197 und 205 tragen, besagen, daß ein Katholik oder eine Katholikin selbst dann nicht geschieden werden können, wenn sie sich einem anderen Bekenntnisse anschließen. Bis jetzt haben Eheleute katholischen Glaubensbekenntnisses, bei unglücklicher Ehe, den Uebertritt zu einer anderen Kirche benützt, um geschieden zu werden.

Die Chadecja, die bekanntlich vollständig unter dem Einfluß der katholischen Kirche steht, will den Katholiken selbst die kleine Tür versperren, durch die unglückliche Eheleute die Freiheit wiedererlangen konnten.

Es lebe das Mittelalter!

Sejm und Senat haben zu diesem Antrag noch nicht Stellung genommen.

Hitlers Wiederauftreten.

Die erste Rede seit der Haftentlassung. — Erst jubelnde Begrüßung, dann Enttäuschung.

Im Bürgerbräukeller, wo Adolf Hitler am 8. November 1923 die bayrische Regierung gefangen nahm und die nationale Revolution ausrief, fand sein erstes öffentliches Wiederauftreten nach der Haftentlassung statt. Schon um 11 Uhr vormittags hatten sich Leute angestellt. Den Pressevertretern, die man durchließ, wurden vom Publikum Beträge bis zu 100 Mark für die leihweise Ueberlassung der Presselegitimation geboten. Als Hitler den Saal betrat, brach das Publikum in Jubel- und Heilrufe aus, die etwa 10 Minuten andauerten. Aber je länger Hitler sprach, umso mehr flaute die begeisterte Stimmung seiner Anhänger ab. Hitlers Antrittsrede war die schlechteste politische Rede, die er je gehalten hat, weil er geflissentlich jedes Eingehen auf sein Verhältnis zum bayrischen Staat und zu den völkischen Gruppen vermied. Als Kampfziel jeder Bewegung bezeichnete er wiederum den Kampf gegen das Judentum, der den Personen gelte, und den Kampf gegen den Marxismus, der der Sache gelte. Es komme alles auf das Gefühl an.

Frankreich und Japan — Friedenstörer.

In den politischen Kreisen der Vereinigten Staaten beschäftigt man sich sehr eingehend mit dem Plane einer allgemeinen Abrüstungskonferenz. Auch die amtlichen Kreise haben jetzt zu der Abrüstungsfrage Stellung genommen und erklären, daß die Hauptschwierigkeiten in der Haltung Frankreichs und Japans liegen. Beide Staaten betreiben eine ausgesprochene Rüstungspolitik und vermehren ständig ihre Unterseebootsflotte und ihre Luftstreitkräfte. Frankreich rüste außerdem noch zu Lande und seine Armee sei heute die größte der Welt. Japan sei einer Abrüstungskonferenz durchaus abgeneigt. Frankreichs schlechte Finanzlage werde dazu beitragen, eine Verringerung seiner Streitkräfte zu erwägen. Die Vernunft wird Frankreich zwingen, sein großes Heer abzubauen. Bevor eine allgemeine Abrüstungskonferenz einberufen werde, müsse man die Gewißheit haben, daß alle beteiligten Mächte bereit seien, ihre Luft- und Unterseebootrüstungen einzuschränken und sich den Bestimmungen der Konferenz zu unterwerfen. Sollte in den Vorbesprechungen mit den betreffenden Kabinetten eine Zustimmung zu dem Plane Coolidge nicht erzielt werden, so wird der Präsident keine Konferenz einberufen, um sich nicht einem Mißerfolg auszusetzen.

Die Macht der Drei.

Ein Roman aus dem Jahre 1955

von **Hans Dominik.**

(40. Fortsetzung.)

Wilhelm Lüssenkamp ließ den Blick auf den Kriegsorden des Oheims ruhen.

„Du hast die alten Denkzeichen angelegt?“

Er beugte sich vor und ließ einzelne Spangen der Dekoration durch die Finger gleiten.

„Sommeschlacht ... Verdun ... Kemmelberg ... Ypern ... Dixmuiden ... Chemin des Dames ... blutige Orte. Nach dem, was wir schon als Kinder hörten, muß es da böse zugegangen sein.“

Der alte Mann nickte zustimmend.

„Jong, et is jetzt vierzig Jahre her. Aber die Tage stehen mir noch wie heute vor dem Gesicht. Manchmal scheint et mir noch heut unglaublich, dat ich damals am Leben geblieben bin ... Et war die Hölle. Et war mehr als die Hölle.“ Der Alte schwieg, von der Erinnerung ergriffen. Der Neffe nahm das Thema auf.

„Es war schlimm, Onkel Andreas. Aber jetzt kommt es noch viel schlimmer. Der Krieg, der uns bevorsteht, wird das Entsetzlichste, was die Welt jemals gesehen hat. Dreihundert Millionen Nordamerikaner gegen siebenhundert Millionen Briten.

Die Engländer sprechen seit fünfzig Jahren vom Saxon day. Ich meine, er steht dicht vor der Tür, und kein Mensch kann das Verhängnis aufhalten.“

„Kein Mensch ...“

Der alte Mann wiederholte es nachdenklich.

„Sie haben et nicht verdient, dat wir ihnen eine Träne nachweinen. Laßt sie sich meinetwegen die Hälse abschneiden ... janz wat anderes, Jung'! In zehn Tagen jibt et bei uns Besuch. Einer von den Bursfelds. Ich hab dir ja erzählt, wie wunderlich wir ihn entdeckt haben. Seine Jroßmutter war meine Schwester. Eine Schwester deiner Mutter. Er wird uns mit seiner jungen Frau besuchen. Sieh, dat du in den Tagen auch mal zu uns kommst.“

Wilhelm Lüssenkamp versprach es. Sah auf die Uhr und bemerkte, daß es die höchste Zeit zum Aufbruch sei. Er mußte eilen, wenn er sein Flugzeug an der verabredeten Stelle treffen wollte. Die siedende Arbeit rief ihn zurück, fort aus dieser ruhigen Feierstimmung, in die Gluten und zu den rasselnden Maschinen industriellen Hochbetriebes.

* * *

Glockengeläut klang vom Turm der alten Kirche von Linnais.

In der Kirche herrschte gedämpftes Licht. In hundert Farben spielte es durch die bunten Fenster. Die Kirche fast leer. Nur einige zwanzig Personen auf den dreihundertjährigen Eichenbänken und in den Chorstühlen.

Die Orgel setzte ein. Die Klänge des Chorals drangen durch den Raum. Es war der Hochzeitstag Silvesters. Der Tag seiner Vereinigung mit Jane.

Die Orgel schwieg. Der alte Geistliche segnete den Bund. Jane im weißen Kleide, den Myrtenkranz im lichtblonden Haar, ätherisch zart. Sie glich den Engelsgestalten, welche die Kunst eines alten Meisters über dem Altar geschaffen hatte. Silvester, den Arm nach der Verwundung noch in der Binde, aber froh und glücklich.

Dicht hinter dem Paar die beiden Zeugen der Zeremonie: Erik Truwor und Soma Atma.

Der Inder ruhig, in sich versunken. Der freie Ritus der Zeit erlaubte es ihm, hier als Zeuge zu dienen. Seine Gedanken weilten bei den Lehren der eigenen Religion.

Erik Truwor hoch gereckt. Jede Muskel verhaltene Kraft. Glücklich beim Glücke des Freundes. Doch schon weitere Pläne erwägend. Ungeduldig über jede Verzögerung, die seine Lebensaufgabe erfuhr.

Der Priester wechselte die Ringe. Leicht schob sich der goldene Reif auf den schlanken Finger der Braut. Hart und schwer legte er sich an Silvesters Hand neben den Ring von Pankong Tzo.

Atma sah es, und seine Gedanken nahmen einen anderen Lauf.

„Wer schon gebunden ist, soll sich nicht nochmals binden. Zwei Pflichten kann niemand erfüllen, zwei Herren niemand dienen.“

Der christliche Priester sprach milde Worte. Daß sie nun eins seien. Daß jedes dem anderen gehöre, bis einst der Tod sie scheiden würde.

Atma sah nur die beiden Ringe an Silvesters Hand.

Der Geistliche hatte geendet.

Kraftwagen brachten die Teilnehmer zum Hause Truwor zurück, wo das Mahl gerichtet war. Gäste aus dem Ort: Der Vogt von Linnais mit seiner Gattin. Der Königliche Richter. Besitzer freier Bauernhöfe aus der Umgebung von Linnais mit ihren Frauen.

Eine schwedische Hochzeit mit den alten Sitten und Gebräuchen. Seit einem Menschenalter hatte die hohe Halle des Hauses so zahlreiche Gesellschaft nicht mehr beherbergt. Seitdem Erik Truwors Mutter starb und der Vater nur noch seiner Wissenschaft und seinen Reisen lebte.

Jetzt dröhnte der Dielenboden unter den Schritten kräftiger hoher Gestalten. Scherzen und Lachen erklangen und verjagten die Geister der Einsamkeit.

Amtmann Bjerkegrön führte als Respektsperson den Vorsitz und das Wort an der Tafel. Richter Kongsholm sekundierte ihm vom anderen Ende her. Es wurde geschmaust und getrunken.

(Fortsetzung folgt.)

Vor den Stadtratwahlen in Konstantynow.

„Wir verstehen nichts von Politik", sagte der Spitzenkandidat der Liste des D.V.V.

Die für den 15. März l. J. angesetzten Neuwahlen für den Stadtrat in Konstantynow haben das größte Interesse wachgerufen. Die Dekomplettierung des vor einem halben Jahre gewählten Stadtrats durch den Austritt der Stadtverordneten der polnischen Liste, der Liste der N. P. R. und der jüdischen Parteien wird von der gesamten Einwohnerschaft verurteilt. Selbst die Wähler dieser vorgenannten Listen sind mit dem Austritt ihrer Erwählten im höchsten Grade unzufrieden, weil die Stadt gezwungen wird, zum zweiten Male große Ausgaben zu tragen, die die Durchführung von Neuwahlen verursachen. Besonders stark wird der Umstand verurteilt, daß die Polen und Juden nicht einmal versucht haben, mit den Stadtverordneten der Deutschen und der P. P. S. zusammen zu arbeiten, also aus rein persönlichen Gründen ihre Mandate niederlegten. Dies führt jetzt dazu, daß sowohl die Juden wie auch die N. P. R. in ihren eigenen Reihen starke Opposition haben. Die N. P. R. ist bereits in zwei Lager gespalten. Der Grund dafür ist, daß die Parteileitung der N. P. R., um das Ansehen der Partei zu wahren, ihrer Ortsgruppe befohlen hatte, den vorherigen Bürgermeister, Doliwka, an die erste Stelle der Liste zu stellen. Die Parteimänner der N. P. R. halten aber Doliwka als Listenführer für schädlich, was darin seinen Ausdruck fand, daß in einer geheimen Abstimmung D. nur soviel Stimmen erhielt, daß er für die sechste Stelle bestimmt wurde. Die Oppositionisten schlossen sich, weil sie sich dem Parteidiktat nicht fügen wollten, der sogenannten polnischen Liste an, zu der auch die Chadecja und Endecja gehört. Die Liste dieses Blocks ist bereits eingereicht und hat die Nummer 1.

Die Juden versuchen noch die Spaltung in zwei Lager zu verhindern. Ein Lager ist für die Fortführung der bisherigen Politik, während sich das andere bedingungslos der D. A. P. und der P. P. S. anschließen will.

Die P. P. S. steht stärker da als bei den ersten Wahlen, da sowohl sie wie auch die D. A. P. durch ihre gegenwärtigen Bürgermeister Gryzel und Stehr positive Arbeit geleistet haben. Ihr haben sich die deutschen Katholiken angeschlossen, indem sie ihren Kandidaten, Herrn Kirchhof, auf die Liste der P. P. S. stellten.

Die deutsche Arbeitspartei, die bei den ersten Wahlen drei Kandidaten der sagenannten unparteiischen Richtung mit durchbrachte, geht bei den gegenwärtigen Wahlen allein. Der Grund dafür liegt darin, daß diese drei Stadtverordneten bzw. einzelne von ihnen, eine schwankende Stellung eingenommen haben. Einer von ihnen erklärte sogar, lieber mit der N. P. R. als mit der D. A. P. gehen zu wollen. Außerdem erklärte er amtlichen Personen, daß sich seine Richtung mit der der Stadtverordneten der D. A. P. nicht solidarisiere, weswegen die Behörde die gegenwärtigen Bürgermeister nicht in das Amt einführen wollte. Nur durch die bereits bekannten Interventionen der Abgeordneten wurde dies schließlich durchgesetzt, zur Zufriedenheit der gesamten Einwohnerschaft. Ueberdies sind die drei Stadtverordneten in der Zwischenzeit dem Deutschen Volksverband als Mitglieder beigetreten, obwohl sie als Unparteiische gewählt wurden.

Anfang voriger Woche sandte der D. V. V., Ortsgruppe Konstantynow, an die Ortsgruppe der D. A. P. das nachfolgende Schreiben:

Deutscher Volksverband
Ortsgruppe Konstantynów.

An die
Verwaltung der D. A. P.

Sie werden hiermit ersucht eine Delegation zwecks aufstellung einer gemeinsamen Liste zu den kommenden Stadtrahtwahlen zu entsenden. Die Delegation muß mit einer Vollmacht der Verwaltung vesehen sein.

Ort und Stunde überlassen wir zur bestimmung.

Tag der Verhandlung Dienstag den 24. II. 25.

Es folgen Unterschriften.

Die D. A. P. antwortete am Sonnabend damit, daß sie den unpassenden Ton des Briefes zurückwies, daß der D. V. V. der D. A. P. gegenüber in der letzten Zeit anstatt einer freundschaftlichen, eine feindliche Haltung angenommen hat, daß die D. A. P. auf der Tagung des D. V. V. verleumdet wurde, das Deutschtum entzweit und zerrissen zu haben, daß führende Männer des D. V. V. in Konstantynow die D. A. P. des Kommunismus zeihen, was in unserem Lande als Denunziation gelten muß, daß der D. V. V. also mit unehrlichen Absichten vorgeht und deswegen eine Zusammenarbeit unmöglich ist. Beide Briefe wurden in Gestalt von Flugzetteln der deutschen Wählerschaft von Konstantynow zur Kenntnisnahme übergeben.

Die erste Vorwahlversammlung.

Am Sonntag Nachmittag fand im großen Saale des Herrn Strauch eine Vorwahlversammlung der D.A.P. statt. Die Zuhörerzahl war so groß, daß sie in dem Saale kaum Platz finden konnte. Versammlungsbesucher erklärten, eine solch große Versammlung in Konstantynow noch nicht gesehen zu haben. Anwesend waren auch zahlreiche Polen.

Die Versammlung eröffnete der stellvertretende Vorsitzende der Ortsgruppe, Heidrich. Als Erster sprach Stv. L. Kuk, der die Zusammenarbeit der rechtsstehenden Polen und Juden, die sich doch sonst stark bekämpfen, sowie ihre Zerstörungsarbeit geißelte. Weiter sprach der Redner über die Taktik des D. V. V. und begründete ausführlich den Beschluß der Ortsgruppe mit eigener Liste und selbständig in den Wahlkampf zu ziehen. Stv. Klim behandelte als nächster Redner die Bedrückungspolitik der Chauvinisten, das Vorgehen der polnischen Rechtsparteien der D. A. P. gegenüber in Lodz, ging auf die schwankende Politik des D. V. V. ein, wandte sich an die zahlreich anwesenden Frauen mit der Aufforderung, durch die Abgabe des richtigen Stimmzettels Volkstum und Stadtwirtschaft zu schützen und wies auf die Notwendigkeit hin, den gegenwärtigen Magistrat zu erhalten, indem die Liste der D. A. P. den Sieg davon trägt. Reicher Beifall bekundete das Einverständnis der Versammelten mit der Taktik der D. A. P.

Als einziger Diskussionsredner sprach der Listenführer des D. V. V., Herr Gustav Stamm. Der Redner, der nur durch eindringliches Ermahnen des Vorsitzenden an die Adresse der Versammlung, die Herrn St. nicht zu Worte kommen lassen wollten, sprechen konnte, versuchte seinen Verband zu rechtfertigen und schrieb die bisherigen Fehler desselben der Unreife seiner Genossen zu. Zwischenrufe wie „Gaukler", „Wir gehen nicht mehr auf euren Leim", „Ausbeuter" sowie Pfeifen und Johlen waren die Antwort der Versammlung. Der Redner endete mit dem Satz: „Wir verstehen zwar nichts von der Politik, wollen aber gut wirtschaften". Helle Lachsalven begleiteten diese Worte. Stv. Klim antwortete dem Redner unter ungeheurem Beifall der Versammelten: „Wer nichts von Politik versteht und nach einem Mandat jagt, übt an seinen Wählern Verrat, darf die Hand nicht nach Mandaten ausstrecken, muß hinterm Ofen sitzen bleiben und die Interessenvertretung der Wähler denjenigen überlassen, die die Politik kennen. Denn das Stadtverordnetenmandat erfordert Kenntnis der völkischen, staatlichen, sozialen und Wirtschaftspolitik." Keine einzige Stimme erhob sich für Stamm. Er dürfte für die Wahlen zusammen mit seinem Verbande sehr unmodern geworden sein. Der Vorsitzende charakterisierte hierauf den D. V. V. an mehreren Beispielen aus seiner Tätigkeit. Auf Wunsch der anwesenden Polen sprach Stv. L. Kuk in polnischer Sprache über die Ziele der D. A. P., die Bedrückungspolitik und den Chauvinismus der rechten Parteien sowie über die Notwendigkeit der Zusammenarbeit aller Werktätigen. Die Rede wurde mit starkem Beifall aufgenommen.

Nachdem der Vorsitzende die Kandidatenliste der D. A. P. bekanntgegeben hatte, gegen die keine Einwände erhoben wurden, wurde die Versammlung in einer für die D. A. P. ungeteilten Stimmung geschlossen.

Sozialistensieg in Bromberg.

Am letzten Sonntag wurden die Wahlen zur Bromberger Krankenkasse vollzogen, zu denen vier Wahllisten eingereicht worden waren.

Es erhielten:

Liste 1 (N. P. R.)	1177	Stimmen
Liste 2 (Freie Gewerkschaften) .	2533	„
Liste 3 (Christl. Gewerkschaften)	744	„
Liste 4 (Angestellte)	609	„

Hiernach entfallen auf die

Freien Gewerkschaften . . .	11	Mandate
N. P. R.	4	„
Christliche Gewerkschaften . .	3	„
Angestellten	2	„

Bei den letzten Krankenkassenwahlen erhielt die Liste der N. P. R. 15, die der Freien Gewerkschaften nur 4 Mandate.

Also hat auch Bromberg das sozialistische Examen bestanden.

Bemerken wollen wir hierzu, daß die „Bromberger Rundschau", das Blatt der deutschen bürgerlichen Kreise Brombergs, in wohlverstandenem Interesse seine Leser aufgefordert hat, für die sozialistische Liste zu stimmen.

Hoffentlich lernen die bürgerlich-deutschen Kreise Kongreßpolens daraus!?

Alle Reklamationen

wegen unpünktlicher Zustellung der „Lodzer Volkszeitung" sind an die Geschäftsstelle, Zamenhofstr. 17/III, zu richten.

Die Geschäftsstelle ist mit allen Kräften bemüht, diese Unregelmäßigkeiten zu beseitigen.

Verlag der „Lodzer Volkszeitung"

Um zwei schöne Augen.

Roman von **H. Abt.**

(Nachdruck verboten.)

(17. Fortsetzung.)

Auf die gehauchten Worte folgte ein Schrei.

„Eine Braut hat er — eine Braut! Also auch das noch! Und du schämst dich nich — schämst dich nich in Grund und Boden hinein? Wirste jetzt wohl endlich den Mund auftun? Was is das für 'ne Geschichte? Wie weit biste schon mit ihm gekommen? Wie hast ihn kennen gelernt? Und wo haste dich mit ihm rumgetrieben? Auf der Stelle gestehste die ganze Wahrheit."

Schüttelnd hielt sie Adeles Arm gefaßt. Kein Laut gab ihr Antwort. Mit gesenktem Kopfe stand Adele da. Die Mutter rüttelte sie stärker.

„Hörste nich? Ich will die Wahrheit schon rauskriegen, und wenn ich ihm selber auf die Bude rücken müßte."

Mit einer seltsamen Fältigkeit sah jetzt Adele die Mutter an.

„Das wirst du nicht tun, und das brauchst du nicht. Ich habe nichts zu verheimlichen und hab' mich um nichts zu schämen. Ein paarmal bin ich ihm in der Stadt begegnet, und einmal war ich mit ihm draußen in Kieferswalden, und das kam nur durch einen Zufall. Ich wollte Grete Hintze besuchen, und da traf ich ihn an der Bahn."

„Ja freilich, die Sorte von Zufall kennt eins", hohnlachte Frau Nuding. „Na und weiter, in Kieferswalden, was habt ihr da angefangen?"

Neben der mütterlichen Entrüstung klang ein gut Teil Neugier durch.

„Wir sind im Wald spazieren gegangen."

„So. Und nachher?"

„Nachher haben wir uns niedergesetzt."

„Nu natürlich, damit die Unterhaltung besser ging."

Adele hörte nicht den vernichtenden Spott in der Mutter Worten. Ganz still sah sie vor sich hinaus, in ihrem Blick war ein entrücktes Träumen.

„Fast gar nichts haben wir geredet. Aber es war so schön."

„Das glaub ich!" Frau Eberhardine fauchte wie eine wilde Katze. „Ein Leutnant, der wird sich jawohl aufs Abküssen versteh'n."

Adele kam nicht aus ihrem Träumen zurück, schüttelte leise den Kopf. —

„Geküßt hat er mich nicht."

„Nicht ... geküßt ..."

Ein Leutnant mit einem hübschen Mädel mutterseelenallein im Wald und ... nicht geküßt ... das zu glauben ging über Frau Nudings Fassungskraft. Und doch war etwas in Adeles Wesen, daß sie ihr glauben mußte. Was für eine Art von Liebschaft war denn das? Während der Mund ihr verstummte, begannen in ihrem Hirn die Gedanken mit wahrhaft unheimlicher Schnelligkeit zu arbeiten.

Eine Braut hatte er also. Natürlich so 'ne Reiche, die ihm die Eltern ausgesucht hatten. Und aus der Braut machte er sich nichts, weil ihm 'ne andre besser gefiel — so sehr besser gefiel, daß sich's seine Leute wer weiß was kosten lassen wollten, um ihm die andere aus dem Weg zu räumen. Also solche Angst hatten sie vor der — solche Angst. —

„Adele!"

Sie fuhr zusammen vor dem barschen Ruf, sah scheu die Mutter an. Auch die betrachtete sich erst eine Weile sehr genau die Tochter, bevor sie, dicht vor dieselbe hintretend, fragte:

„Also lieb hat er dich, meinste — so lieb etwa, daß er dich heiraten möcht', wenn du kein Geschäftsfräulein wärst oder er kein Leutnant?"

Das anmutige Gesichtchen ward wie in Purpur getaucht, über den glühenden Wangen spielten die dunklen Wimpern. Sie stammelte:

„O das — daran — da hab' ich nie gedacht."

„Und warum haste nie dran gedacht? Is so was etwa noch nie dagewesen? Grafen und Fürsten haben sich schon in arme Bürgermädchen verliebt und die geheiratet. Als ob's da so was nich geben könnte, bei 'nem Leutnant, der noch nich mal von Adel is!"

Noch tiefer färbte sich der Purpur auf den zarten Wangen, es war, als ob ein heißer, sehnsüchtiger Blutstrom durch sie hingehe, während sie flüsterte:

„Er hat ja doch eine Braut."

„Na — und wenn er die nich mehr mag?"

Adele zuckte zusammen. Das glutende Rot erblich. Voll abwehrender Angst rief sie:

„Nein, sei still, Mutter! So was hat noch niemals Glück gebracht. Nein, das will ich nicht!"

„Das willste nich, so. Und was willste denn dann?"

„Gar nichts will ich, gar nichts," sagte Adele, drückte die Hände vors Gesicht und weinte.

Dann schreckte sie wieder auf. Sie wußte ja doch noch gar nichts, was eigentlich geschehen war.

„Sag mir doch nur erst alles, Mutter. Wer war hier? Was hat er gesagt? Und das mit dem Geld — das kann ja doch nicht wahr sein! Was soll denn das alles nur bedeuten?"

„Wahr ist's schon," sagte die Mutter und schlug langsam die Arme unter. „Und was eigentlich dahintersteckt, daß muß ich mir erst selber noch gründlich überlegen. Jetzt mach und komm erst mit zum Essen runter."

In dem Nebenraum hinter der Plättstube war der Tisch gedeckt, und Emma, die Zweitälteste des Nudingschen Vierblattes, trug das Essen auf.

(Fortsetzung folgt.)